

V0793/21

Gewährung eines Verwaltungskostenzuschusses an die Träger des Infobusses für Flüchtlinge Ingolstadt/Manching
(Referent: Herr Fischer)

Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit vom 30.11.2021

Stadtrat Wittmann betont, dass die CSU-Stadtratsfraktion diesem jährlichen Zuschuss von 6.500 Euro nicht zustimmen werde. Gegen das Angebot spreche nichts. Es gäbe aber keinen Grund, dieses Angebot mit städtischen Mitteln zu bezuschussen.

Ergänzend zu seinem Vorredner verweist Stadtrat Grob auf ein Gespräch mit dem Leiter der ANKER Einrichtung und dem Leiter des Landesamtes für Asyl und Rückführungen. Stadtrat Grob informiert, dass in einem Rechtsstreit zwischen dem Trägerverein des Infobusses und dem Freistaat Bayern durch den Bayerischen Verwaltungsgerichtshof entschieden worden sei, dass der Freistaat die Zufahrt des Busses auf das Gelände der ANKER Einrichtung und seiner Dependancen nicht gestatten müsse. Weiter seien durch den Infobus Flyer verteilt worden, welche die Arbeits- und Wirkungsweise der ANKER Einrichtung unzutreffend dargestellt hätten. Nach Worten von Stadtrat Grob bestehe der Verdacht, dass regelmäßig in der ANKER Einrichtung anstehende Abschiebetermine durch diese Organisation weitergegeben würden. Die Organisation arbeite zum Teil gegen das, was rechtsstaatlich vom Freistaat Bayern gewollt sei. Insofern könne keine Zustimmung seitens der CSU-Stadtratsfraktion erfolgen.

Herr Fischer merkt an, dass ihm diese Erkenntnisse so nicht vorlägen. Es sei schon fraglich, warum Abschiebetermine nach außen gelangten. Die Flyer könne er gerne in Augenschein nehmen. Es gehe hier nicht darum, Flüchtlinge, die in ihren Herkunftsländern schlechte Erfahrungen mit staatl. Institutionen gemacht hätten, falsch zu beraten, sondern dass diesen ein Alternativangebot ermöglicht werde. Der Schwerpunkt liege hier im Bereich der Verfahrensberatung für in Deutschland ankommende Geflüchtete. Dies sei eine Erleichterung für alle Behörden.

Die Beratung könne ohne Probleme auf öffentlichen Geländen vor der ANKER Einrichtung erfolgen, so Stadtrat Höbusch. Die Intension dieses Antrags sei eine möglichst facettenreiche Beratung für Geflüchtete.

Im Hinblick auf die genannten Gesichtspunkte regt Stadtrat Stachel eine nochmalige Prüfung an.

Dies stehe außer Frage, so der Oberbürgermeister.

Aus Konsolidierungsgründen sehe es die AfD-Stadtratsfraktion nicht ein, dass mit Ingolstädter Steuergeldern ein Münchner Verein unterstützt werde, so Stadtrat Rehm.

Der Antrag wird zurückverwiesen.